

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 2

Artikel: Stossrichtungen der sowjetischen Aussenpolitik
Autor: Halperin, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162469>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stossrichtungen der sowjetischen Aussenpolitik

ERNST HALPERIN

Ein Paradox

Bei der Beurteilung der sowjetischen Aussenpolitik muss man sich vor manichäischen Vorstellungen hüten. Gewiss kommt es in der sowjetischen Führungsspitze immer wieder zu Auseinandersetzungen über aussenpolitische Entscheidungen, aber dabei handelt es sich keineswegs um einen Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen Friedensfreunden, Koexistenzlern, Revisionisten, Entstalinisierern, Demokratisierern auf der einen und Kriegstreibern, Weltrevoluzzern, Dogmatikern, Stalinisten auf der andern Seite. Die wirklichen Fronten verlaufen anders.

Das Beispiel Molotows, des Leiters der sowjetischen Aussenpolitik in den ersten Jahren nach Stalins Tod, ist aufschlussreich. Dieser Mann war ein unbeugsamer Stalinist, von seinen innerparteilichen Gegnern als Dogmatiker verschrien und von ihnen des Irrglaubens an die Unvermeidlichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung mit dem «imperialistischen Lager» bezichtigt. Im Westen trug ihm sein Mangel an Konzessionsbereitschaft den Spitznamen «Mister Njet» ein. Aber spätestens seit den Enthüllungen des XXII. Parteitages wissen wir, dass dieser gleiche Molotow abenteuerliche Engagements im Fernen und Mittleren Osten ablehnte. Er wollte die Sowjetunion unbeweglich hinter den von Stalin geschaffenen Grenzen isolieren, weil er das Kräfteverhältnis überaus nüchtern einschätzte und deshalb der Ansicht war, dass dem Sowjetstaat die materielle Basis für eine Expansionspolitik fehle. Oder wie er selbst es in seinem marxistisch-leninistischen Partejargon ausdrückte: weil «der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion noch nicht vollendet» sei.

Molotows Gegenspieler Chruschtschew jedoch betrieb eine ausgesprochen aggressive Aussenpolitik. Zunächst hielt er es noch für nötig, die Schaffung neuer Spannungsherde im Mittleren und Fernen Osten durch eine teilweise Entspannung in Europa – den Rückzug aus Österreich – auszugleichen. Aber bald liess er diese Rücksicht fallen und entfesselte eine Expansions- und Konfrontationspolitik an allen Fronten: in Berlin, in Asien, in Afrika und seit 1960 auch noch in Lateinamerika.

Dennoch fiel der Westen immer wieder auf Chruschtschews Koexistenzphrasen und auf das Argument herein, man müsse ihm Konzessionen machen, weil er sonst von noch viel schlimmeren Kriegstreibern gestürzt würde.

Ihm kam eben seine Innenpolitik zugute: Er war der Mann des XX. Parteitags, der Revisionist und Entstalinisierer. Im Westen, namentlich in Washington, stellte man sich deshalb vor, dass er auch in der Aussenpolitik immer noch vernünftiger und gemässigter sei als seine Gegner, die man für Fanatiker der Weltrevolution hielt.

In Wirklichkeit bedingten, so paradox das scheinen mag, Entstalinisierung und aggressive Aussenpolitik einander gegenseitig. Der Sowjetstaat kann sich keine wirkliche Entspannungspolitik und Öffnung der Grenzen leisten, weil sie zur Zersetzung der Parteimoral und Parteidisziplin führen und so die Zentrifugalkräfte wecken müsste, die schon im zaristischen Russland nur durch eine straffe Autokratie gebändigt werden konnten. Die gangbaren Alternativen sind entweder Isolierung, unbewegliches Verharren hinter hohen Mauern, um fremde Einflüsse auszusperren, oder Expansionspolitik, um Fanatismus und Parteidisziplin durch aussenpolitische Erfolge, durch ständige Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereichs wachzuhalten. Stalin hatte das Sowjetreich durch brutalsten Terror zusammengehalten. Chruschtschew suchte bei Abbau des Polizeiterrors – der schon unter Malenkow eingeleitet worden war – den Zerfall durch Wiederbelebung des Elans der Parteikader in der Union und den Satelliten zu verhindern. Um den Glauben an die Überlegenheit der Sowjetunion über alle Gegner, an den unaufhaltsamen Vormarsch und unvermeidlichen Endsieg des Kommunismus sowjetischer Prägung zu stärken, brauchte er eine unaufhörliche Kette von Erfolgen in der Aussenpolitik sowie in der Erschliessung des Weltraums. Dies war gleichzeitig die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung seiner eigenen Vorrangstellung in der sowjetischen Partei- und Staatsführung.

Die Raketenkrise vom Oktober 1962 enthüllte die Fragwürdigkeit von Chruschtschews auf Bluff beruhender Aussenpolitik und setzte seiner Generaloffensive ein Ende. Von da an strebte er nach einer teilweisen Entspannung im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zu Westeuropa, ohne dabei auf die Expansionspolitik in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verzichten. Mitten in diesen Tastversuchen wurde er 1964 gestürzt.

Chruschtschews Erbe

Als aussenpolitisches Erbe hinterliess Chruschtschew seinen Nachfolgern weltweite wirtschaftliche und militärische Verpflichtungen, die, wie Molotow vorausgesehen hatte, die Kräfte des Sowjetstaates überstiegen. Zunächst verkannten die Nachfolger offenbar das Ausmass des Problems und glaubten die Schwierigkeiten, in die die sowjetische Aussenpolitik geraten war, durch eine blosse Stiländerung überwinden zu können. So hofften sie den Konflikt mit

China durch Abbau der ideologischen Polemik zu beseitigen. Das erwies sich als Illusion.

Der sowjetisch-chinesische Konflikt ist ein Kampf um die Vormacht in Asien. Die ersten Anzeichen waren schon Ende 1955 zu bemerken, als die chinesische Presse den Triumphzug Chruschtschews und Bulganins durch Indien totschwieg. Um sich mit China zu verständigen, müsste die Sowjetunion auf jeglichen Versuch verzichten, sich in Süd- und Südostasien eine Einflusssphäre zu schaffen. Sie müsste den chinesischen Hegemonieanspruch über diese Gebiete anerkennen. Das ist schwer vorstellbar, denn eine derartige Machtballung in Ostasien würde eine ernste Gefahr für den sibirischen Herrschaftsbereich der Sowjetunion darstellen. Aus dem gleichen Grunde – dem Streben nach Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereichs auf Südostasien – ist auch nicht zu erwarten, dass die Sowjetregierung den Amerikanern durch Abbau der Waffenhilfe an Hanoi entgegenkommt.

Kuba stellt das lateinamerikanische Erbe Chruschtschews dar. Washington hatte es seinerzeit versäumt, im Gefolge der Raketenkrise auf dem vollständigen Rückzug der Sowjets aus der Insel zu bestehen, was nach dem Rückzug sowohl der Raketen wie der strategischen Bomber zweifellos zu erreichen gewesen wäre. Das Versäumnis war darauf zurückzuführen, dass Präsident Kennedy der von den Sowjetexperten des State Department vertretenen These Glauben schenkte, Chruschtschew müsse geschont werden, weil er sonst durch noch aggressivere Politiker ersetzt würde. So blieb die Sowjetunion im Besitz eines sowohl politisch wie militärisch wichtigen Stützpunktes in der westlichen Hemisphäre. Die Kosten waren für Moskau bisher tragbar. Allerdings sind sie jetzt im Wachsen begriffen, da Castro seinen Staatshaushalt nicht in Ordnung zu bringen versteht und der Zerfall in der kubanischen Volkswirtschaft weiter um sich greift. Die von Kuba inspirierten und organisierten Guerrillabewegungen und Terroraktionen in den lateinamerikanischen Ländern sind bisher erfolglos geblieben, aber die Macht ergreifung durch antiamerikanische Militärregierungen in Peru und Bolivien hat einer Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereiches in Lateinamerika neue Möglichkeiten eröffnet. Moskau hat durch Entsendung von Wirtschaftsmissionen sein Interesse an der Entwicklung in beiden Ländern bekundet, sich aber bisher, soviel man weiß, nicht zu massiver Hilfeleistung im Falle einer weiteren Verschlechterung ihrer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten verpflichtet. Die Nachfolger Chruschtschews schrecken offenbar vor den Risiken zurück, die eine Erweiterung des sowjetischen Engagements in Lateinamerika mit sich bringen müsste. Wie lange diese Vorsicht andauern wird, ist eine andere Frage. Die Versuchung, Misserfolge an anderen Fronten durch einen neuen Vormarsch in Lateinamerika wettzumachen, könnte übergross werden, wenn zum Beispiel die Präsidentschaftswahlen im kommenden September in Chile ein linksradikales Regime zur Macht bringen.

In Afrika südlich der Sahara hat Moskau nach einer Reihe von Rückschlägen das wirtschaftliche und militärische Engagement reduziert, aber keineswegs völlig liquidiert. Durch Unterstützung der nigerianischen Zentralregierung im Sezessionskrieg gegen Biafra vermochte es in einem ihm bisher verschlossenen, bevölkerungsreichen Lande Einfluss zu gewinnen. Immerhin hat sowohl im tropischen Afrika wie in Lateinamerika die Dynamik der sowjetischen Außenpolitik seit Chruschtschews Sturz nachgelassen.

Hingegen wird im Mittleren Osten die Politik Chruschtschews mit voller Energie weitergetrieben. Die Vorteile dieser Politik liegen auf der Hand: Sicherung der verwundbaren südlichen Reichsgrenze, Verwirklichung des alten russischen Traums einer Machtstellung im Mittelmeer, Aussicht auf Ölquellen, Möglichkeit weiterer Vorstöße in südwestlicher Richtung. Die Risiken sind freilich gross. Die sowjetische Position im Mittleren Osten ist noch nicht konsolidiert. Sie beruht auf dem Versprechen, den Arabern zur Zurückdrängung und schliesslichen Überwindung Israels zu verhelfen. Dabei ist die technische Überlegenheit der israelischen Armee so gross, dass schon die blosse Verteidigung der arabischen Länder gegen einen massiven israelischen Angriff den Einsatz sowjetischer Luft- und Bodenkontingente erfordern würde. Die Entsendung grösserer sowjetischer Truppenkontingente nach dem Mittleren Osten würde aber unweigerlich eine internationale Krise grössten Ausmasses heraufbeschwören und zu einer Konfrontation mit den Vereinigten Staaten führen, die sich die Sowjetunion nicht leisten kann. Infolgedessen ist Moskau darauf angewiesen, dass Washington die Israelis straff am Zügel hält. Mit anderen Worten: es muss sich darauf verlassen, dass die Vereinigten Staaten den Zusammenbruch der sowjetischen Position im Mittleren Osten verhindern!

Klug dosierte Verständigungsgesten

Das setzt aber Verständigungsgesten an anderen Fronten voraus, um in Washington trotz der fortdauernden sowjetischen Präsenz an den östlichen und südlichen Gestaden des Mittelmeers die Hoffnung auf eine Generalverständigung wachzuhalten.

Eine Entspannung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen durch Abbau der sowjetischen Waffenhilfe an Hanoi würde freilich zum Verlust der sowjetischen Position in Südostasien führen. Bei Aufgabe des kubanischen Stützpunktes hätte die Sowjetunion einen weltweiten Prestigeverlust zu gewärtigen, der sich bis in ihren eigenen europäischen Herrschaftsbereich hinein negativ auswirken würde. Ein Rückzug aus Afrika südlich der Sahara wäre an sich weniger kostspielig und leichter zu bewerkstelligen, würde aber

den Glauben der Ägypter an die Macht des sowjetischen Verbündeten erschüttern.

Es gibt jedoch ein Gebiet, auf dem Moskau ohne Einbusse an Prestige und an Machtpositionen Verständigungsgesten machen kann, die einer günstigen Aufnahme in Washington gewiss sind: die Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen. Ob bei diesen Verhandlungen konkrete Resultate erzielt werden, ist eine andere Frage. Zwar ist anzunehmen, dass Kossygin aus Sorge um die sowjetischen Staatsfinanzen die Einstellung des Wettrüstens begrüßen würde. Seine Stellung im Führungsgremium ist aber kaum so stark, dass er es sich leisten könnte, wesentliche Abstriche am sowjetischen Rüstungsprogramm zu befürworten. Auch der amerikanische Verhandlungspartner dürfte weniger an allfälligen Resultaten selbst als an der beschwichtigen Wirkung der Verhandlungen auf den Kongress und auf die öffentliche Meinung interessiert sein. Im Pentagon ist man der Meinung, dass die Vereinigten Staaten mit ihrem überlegenen Wirtschaftspotential beim Wettrüsten den längeren Atem haben, und der Präsident scheint diese Ansicht zu teilen. Immerhin wirkt schon die blosse Tatsache, dass Verhandlungen stattfinden, entspannend.

Gleichzeitig sucht Moskau seine Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu verbessern, und es hat im Zuge dieser Bemühungen sogar seinen ostdeutschen Statthalter Ulbricht zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik gezwungen. Dabei hat die sowjetische Diplomatie schon mit der blossem Geste der Verhandlungsbereitschaft einen bedeutenden Erfolg errungen. Das Treffen Brandt-Stoph stellt eine De-facto-Anerkennung des ostdeutschen Staates dar, gegen die sich die bisherigen Bundesregierungen stets gesträubt hatten. Ein Abbau der Schranken zwischen den beiden Teilen Deutschlands ist von diesen Verhandlungen nicht zu erwarten. Namhafte Erleichterungen im Personenverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland würden die Stabilität des kommunistischen Regimes in Ostdeutschland erschüttern, und Moskau könnte sich eine solche Gefährdung seiner Kolonialherrschaft nicht leisten. Die Vorfälle beim Kanzlerbesuch in Erfurt haben erneut die grosse Anziehungskraft der Bundesrepublik auf die ostdeutsche Bevölkerung bewiesen.

Es ist eine Illusion, diese Verhandlungen für das Symptom einer grundsätzlichen Gesinnungswandlung der Sowjetregierung und für den Vorboten einer globalen Entspannung und Verständigung zu halten. Gerade weil die Sowjetregierung im Mittleren Osten eine risikoreiche Expansionspolitik betreibt, hält sie es für nötig, die Spannungen in Mitteleuropa herabzusetzen. Die Sowjetführer betrachten den Frieden durchaus nicht als unteilbar. Nicht einmal ein sowjetischer Einmarsch in Rumänien würde nach ihrer Ansicht der Entspannung in Deutschland widersprechen. Ein vorsichtiger Heerführer begnügt sich mit Teilstaffeln, wenn seine Kräfte für eine General-

offensive nicht ausreichen. Chruschtschew hatte mit unzureichenden Kräften eine Offensive an allen Fronten unternommen: gegen China, gegen die USA, gegen die europäischen Nato-Mächte, sodann in Asien, Afrika, Lateinamerika und im Herzen Europas. Seine Nachfolger mögen im Vergleich zu ihm mittelmässig, phantasielos und farblos wirken, aber sie haben zumindest bewiesen, dass sie die Kräfteverhältnisse realistischer beurteilen und dass sie aus seinen Fehlern gelernt haben. In ihrer Aussenpolitik haben sie eine bemerkenswerte Manövriertfähigkeit und ein beachtliches diplomatisches Geschick an den Tag gelegt. So konnten sie bisher im wesentlichen die von Chruschtschew allzu weit vorgetriebenen Positionen halten, und sie mussten den zunächst unvermeidlich scheinenden allgemeinen Rückzug nicht antreten.

Ausblick

Es ist zu bezweifeln, dass ihnen das auf die Dauer weiter gelingen wird. Zur Zeit verändert sich das Kräfteverhältnis gegenüber dem Westen zu Ungunsten der Sowjetunion. Der wirtschaftliche und technologische Vorsprung Westeuropas und noch mehr derjenige der Vereinigten Staaten ist im Wachsen begriffen, statt sich, den Hoffnungen Lenins, Stalins und Chruschtschews gemäss, zu verringern. Es sieht immer weniger danach aus, dass die Sowjetunion den Westen «einholen und überholen» wird. Sie hat nicht einmal ihren Vorsprung in der Weltraumschiffahrt behaupten können. Gerade auf diesem Gebiet, auf dem sie bahnbrechend war, ist sie selber eingeholt und überholt worden.

Aus alledem würde sich für die sowjetische Aussenpolitik ein allmählicher Verlust der Dynamik, ein Rückzug hinter die Grenzen des Reiches ergeben. Der Rückzug würde zur Abschliessung von westlichen Einflüssen, zur Verschärfung des Polizeiterrors gegen das eigene Volk und zur Militärherrschaft über die Satelliten führen. So würde sich die Politik des alten Molotow zuguterletzt doch noch durchsetzen.

Weltpolitische Prognosen sind jedoch immer fragwürdig. Man kann zwar die bisherige Entwicklung der Kräfteverhältnisse in die Zukunft projizieren. Aber erstens bleiben selbst dem schärfsten Beobachter manche, unterirdisch verlaufende Entwicklungen verborgen. Und zweitens spielt der unberechenbare Zufall in der Weltgeschichte eine wesentliche Rolle: Menschliche Schwächen, Fehlrechnungen, die Verkettung glücklicher oder unglücklicher Umstände, aber auch die Macht der Persönlichkeit, das plötzliche Auftauchen einer glückbringenden oder verhängnisvollen Führergestalt, haben immer wieder den Lauf der Geschichte geändert.

So könnte wider Erwarten und gegen jede Wahrscheinlichkeit in der Sowjetunion ein neuer Peter der Grosse erstehen, um die Fenster zum

Westen aufzustossen und der widerspenstigen Partei- und Staatsbürokratie die notwendigen wirtschaftlichen und politischen Reformen aufzuzwingen. Oder der Funke der Revolution könnte aus einem der Satellitenstaaten auf die Sowjetunion überspringen. Und schliesslich gibt es noch eine Möglichkeit, die wohl jedem Leser gegenwärtig ist: dass nämlich Westen und Sowjetunion gemeinsam in einem durch menschliches Versagen, durch Unachtsamkeit oder Wahnsinnstat ausgelösten Atomkrieg untergehen.

Integrationsfragen in Osteuropa

Die Sowjetunion vor neuen Problemen im Comecon

MICHAEL KASER

Meinungsverschiedenheiten...

Vor etwas mehr als zwanzig Jahren, am 25. Januar 1949, wurde in Moskau das Comecon, der «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe», aus der Taufe gehoben. Die letzjährigen Veranstaltungen zur Feier der zwanzigsten Wiederkehr des Gründungstages waren weniger durch die selbstgefällige Verherrlichung der Vergangenheit als vielmehr durch Meinungsverschiedenheiten über den künftig einzuschlagenden Weg gekennzeichnet. Vom 21. bis 23. Januar fand in Berlin eine Gedenksitzung des Comecon-Rates statt, und vom 23. bis 26. April 1969 trafen sich in Moskau die Regierungschefs und die Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien der Mitgliedstaaten zu einer «Sondersession», einem eigentlichen Gipfeltreffen.

In der Zeit zwischen diesen beiden Anlässen entwickelte sich eine rege öffentliche Auseinandersetzung über wirtschaftliche Integrationsprobleme Osteuropas. Übereinstimmende Ansichten herrschten nur darüber, dass «mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeit der Kommissionen des Comecon und zum Ausbau ihrer Funktionen bei der Organisation der Zusammenarbeit begonnen werden sollte», und bis zur 44. Sitzung des Exekutivkomitees des Comecon, die vom 11. bis 16. Dezember in Moskau stattfand, hatte man sich über die beiden ersten durchzuführenden Massnahmen geeinigt. Diese sollten in der Harmonisierung juristischer Verfahren und in der Koordination der wissenschaftlichen und technischen Forschung bestehen.